



Protokoll

zur Sitzung des Studierendenparlaments der FernUniversität in Hagen

vom 05.11.2022 in Hagen

beschlossen am: 17.12.2022

Inhaltsverzeichnis

TOP 01	Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit.....	3
TOP 02	Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Pascal Gluth ..	3
TOP 03	Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen.....	4
TOP 04	Berichte des SP-Vorsitzes, des AStA-Vorsitzes und des AStA	4
TOP 05	Wahl eines/einer stellv. SP-Vorsitzenden (Vorschläge erbeten)	5
TOP 06	Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache.....	6
TOP 07	6
A	Aussprache und Beschluss über die Entlastung des AStA (2019 – 2021).....	6
B neu:	sowie Entlastung Michael Krämer als Vors. 2016 – 2019.....	7
TOP 08	Beratung in zweiter Lesung und ggf. Beschluss über die neue Wahlordnung des SP.....	8
TOP 09	Beratung und ggf. Beschluss über die neue Satzung des SP.....	9
TOP 10	Beratung und ggf. Festlegung eines Wahltermins 2023	9
TOP 11	Beschluss weiterer SP-Termine 2022 / 2023.....	9
TOP 12	Anträge (ÖT)	9
A+B:	Sprachrohr (Ernst)	9
Öffnungszeiten	Büro (Maryanowski)	10
Grundordnung	(Weiler).....	12
Sprachrohr	Anzeigen (AStA).....	12
TOP 13	Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der Studierendenschaft oder der Hochschule..	13
BHS-Beirat	13
Haushaltsausschuss	14
Nachwahl	eines ord. Mitglieds für die Quali-Kommission (Grund: Rücktritt des ord. Mitgliedes).....	14
TOP 14	Berichte (anschl. Aussprache).....	15
a)	Bericht der studentischen Mitglieder des Senats und seiner Kommissionen	15
b)	Bericht der studentischen Mitglieder der Fakultätsräte, ihrer Kommissionen und Ausschüsse.....	16
c)	Bericht aus den Fachschaften	17
d)	Bericht der studentischen Gleichstellungsbeauftragten der FernUniversität Hagen	18
e)	Bericht aus dem Frauenbeirat	19
f)	Bericht der Arbeitsteams/ Arbeitsgruppen.....	19
g)	Bericht aus der Qualitätsverbesserungskommission	19
h)	Bericht BHS	19
i)	Bericht der Akademiestudierenden	20
TOP 15	Anfragen an ASTA und SP (Nöt)	21
TOP 16	Anträge (Nöt).....	21
TOP 17	Personalangelegenheiten und Rechtsangelegenheiten (Nöt)	21
TOP 18	Verschiedenes, Termine.....	21

TOP 01 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Nils Roschin eröffnet die Sitzung um 10:13. Beginn der Feststellung der Beschlussfähigkeit um 10:15.

Die Sitzung startet öffentlich, Gäste sind zugelassen. Nachdem sich die Sitzung vollständig eingefunden hat, spricht Nils Roschin die Grußworte.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 16 anwesenden Stimmberechtigten festgestellt.

LHG	(1)
Linke Liste	(3)
GF Psy	(2)
WiWi-Liste	(0)
RCDS	(2)
AuS & UNIS	(1)
SPD JUSO	(2)
FSA	(0)
AfD	(1)
DIE GRÜNEN	(2)
Grau und Schlau	(2)
Beschlussfähigkeit	(16) / 27

TOP 02 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Pascal Gluth

Nils Roschin dankt Pascal Gluth für seine Anwesenheit, da die BHS-Transponder leider nicht funktionieren. Pascal Gluth wird zur Wahl des Protokollanten gestellt, der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Michael Krämer führt aus, dass seine Entlastung für die Periode 2016 – 2019 aufgrund des ungerechtfertigten Vorwurfs der Untreue noch nicht vom SP beschlossen wurde. Die Staatsanwaltschaft habe diesen Vorfall geprüft und das Verfahren eingestellt, weil es ohne Grundlage gewesen sei. Petra Lambrich bittet, dass diese Entlastung vom SP auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse. Dieter Weiler führt aus, dass Anschuldigungen gegen SV-Vertreter nicht leichtfertig gemacht werden sollten. Ein beleidigender Ton sei nicht hilfreich für die Arbeit der Gremien.

Adam Ernst erwidert, dass gesetzte Maßstäbe für alle gelten müssten; auch vonseiten des AstA werde scharf geschossen.

Nils Roschin weist darauf hin, dass eine Satzung nicht beschlossen werden kann, da sie u.a. durch Krankheit der Rechtsanwälte noch nicht fertig ausgearbeitet ist und für den Beschluss ohnehin eine 2/3-Mehrheit der Mitglieder notwendig ist, die zahlenmäßig nicht erreicht würde.

Nils Roschin schlägt vor, die Entlastung des Michael Krämer in den TOP 7 aufzunehmen. Einstimmig angenommen.

TOP 03 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen

Zur Genehmigung liegen vor die SP-Protokolle vom 7. Mai und 29. Mai 2022. Im Dezember sollen weitere Protokolle abgestimmt werden.

Adam Ernst merkt an, dass eine Protokollerklärung doppelt angehängt ist und sein Bericht noch fehlen würde. (29.5.). Nils Roschin sagt, dies werde noch geändert.

Ann-Kathrin Sittek sagt, aufgrund politischer Protokollerklärungen sei das Protokoll vom 29.5. nicht abstimmungsfähig; sollten einseitige Darstellungen i.R.v. Protokollerklärungen angehängt sein, müssten Gegendarstellungsmöglichkeiten ermöglicht werden.

Gudrun Baumgartner antwortet, dass alle die Möglichkeit zu Erklärungen hatten.

Carsten Fedderke antwortet, dass das Protokoll so Meinungen als Aussagen im Namen der Studierendenschaft darstellt.

Dieter Weiler sagt, dass die Erklärungen der Darstellung der Minderheitenmeinung dienen.

Ann-Kathrin Sittek sagt, ein Ergebnisprotokoll ist dafür nicht geeignet, weil die Mehrheitsmeinung ja eben nicht abgedruckt sei.

Nils Roschin sagt, es gab ausreichend Zeit, eine Gegenerklärung abzugeben. Protokolle müssten zu einer gewissen Zeit abgestimmt sein.

Irene Krämer schlägt eine Frist für Protokollerklärungen vor. Aus der Runde heißt es, diese liege aber vor.

Gudrun Baumgartner sagt, politische Statements hätten da nichts zu suchen; ausschließlich über den Gegenstand sei zu berichten.

Nils Roschin sagt, die Regelung von Protokollerklärungen soll anwaltlich geklärt werden. Die Abstimmung über die Protokolle wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

TOP 04 Berichte des SP-Vorsitzes, des AStA-Vorsitzes und des AStA

Petra Lambrich verweist auf die schriftlich eingegangenen Berichte des AStA-Vorsitz. Ansonsten ist eine Stellenausschreibung für den Ersatz der vakanten Stelle im AStA-Büro erfolgt. Die Bewerberlage ist bislang noch schwach. Eine Fristverlängerung der Ausschreibung ist möglich. Angestrebt ist weiterhin eine Besetzung zum 1.1.

Adam Ernst fragt: Wie ist der Stand Projektgruppe Digitalisierung? Ann-Kathrin Sittek sagt, die Drucksache Digitalisierung im Ehrenamt der Bundesregierung wird abgearbeitet, ca. Anfang Dezember soll ein weiterer Termin stattfinden.

FSR WIWI: Ticketsystem. Pascal Gluth berichtet, dass es 2 Optionen gibt; einmal via Microsoft Teams, oder ein WordPress-Plugin. Dieses könnte auf Websites der FSRe oder AStA laufen. Adam Ernst bittet um eine Beschlussvorlage vom AStA.

Oliver Hoehle erscheint um 10:45 zur Sitzung. Anwesend sind jetzt 17 stimmberechtigte Mitglieder.

Änderung Geschäftsverteilungsplan: keine Information bezüglich der Veränderung Referat Lerngruppen. Adam Ernst sagt, da auf der Website steht, eine „Lösung werde gesucht“, kommen natürlich noch anfragen; Lerngruppen müssten von der WS gestrichen werden. Petra Lambrich sagt, es gibt Bemühungen, weiter Lerngruppen anbieten zu können.

Homepage: Protokollentwürfe auf Fernstudis.de sollten da nicht sein. Joana Kleindienst antwortet, dass die Einladungsdaten leider immer vollständig veröffentlicht werden müssen. Diese Entwürfe sollten nicht zur Veröffentlichung ausgesandt werden, da im Netz nur genehmigte Protokolle stehen sollten.

Nutzerzahlen von Fernstudis.de für zukünftige Planung der Nutzung der Website und Online-Version SprachRohr erwünscht

Umfang und Inhalt der Tätigkeitsberichte: keine Vorschläge im Tätigkeitsbericht (da Öffentlichkeitsarbeit Homepage)

Adam Ernst meint, es benötige ein Online-Sprachrohr mit hoher Reichweite: PDF-Version genügt nicht. Zukunft des SprachRohrs müsste gemeinsam und zügig entwickelt werden; auch vor dem Hintergrund von Wahlen müsse die Studierendenschaft überlegen, wie man zukünftig online Studierende erreicht

Petra Lambrich antwortet, dass das natürlich nähere Betrachtungen gibt, wie man die Reichweite erhöhen könnte. Der AStA hält das SP auf dem Laufenden. Karin Putz meint, die Adressen lägen ja vor. Die Runde stellt richtig, dass die Studierendenschaft keine Adressen und E-Mail-Adressen der Studierenden hat und auch nicht haben dürfte. Ob Rundmails durch die Uni versandt werden, müsste noch zu klären sein. Das WahlRohr hingegen sind Wahlmaterialien, wo eine Klärung noch nötig ist. Carsten Fedderke meint, diese Ausgabe würden andere Hochschulen selbst für die Studierendenschaft tragen.

Adam Ernst fragt nach Neuigkeiten zum Gerichtsverfahren. AStA-Mitglieder bestätigen, dass dies noch Zeit benötigt, da die Anhörung noch nicht stattfand.

TOP 05 Wahl eines/einer stellv. SP-Vorsitzenden (Vorschläge erbeten)

Nils Roschin fragt nach Vorschlägen zur Wahl einer Stellvertretung. Es gibt keine Vorschläge.

Tim Kölling erscheint um 11:15, es sind nun 18 Stimmberechtigte anwesend.

TOP 06 Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache

Karin Putz berichtet. Mehrere Beschlüsse wurden letzte Woche gefasst. Die TO ist leider etwas zu spät versandt worden. Daher sind wichtige Beschlüsse im Nachgang per Umlaufbeschluss noch einmal abgestimmt worden. Alle angenommen.

Fernstudis.de: eine Prüfung mit Adam Ernst und René Engelhard wird erfolgen

Klärung Subventionierung ext. Übernachtungsgäste: wird noch geprüft

Möglicher Datenschutzverstoß von geringem Umfang durch eine anwesende Person, die sich möglicherweise als jemand anderes ausgegeben hat. Diese Person hat den nichtöffentlichen Teil nicht miterlebt, sodass keine sensiblen persönlichen Daten abgeflossen sind.

Adam Ernst weist darauf hin, dass Identität von digitalen Zuschaltungen überprüft werden sollte.

Michael Krämer lobt im Namen der Kassenprüfung die sehr ordentliche Buchführung des Büros und die gute Zuarbeit für die Prüfung.

Das Gremium diskutiert verschiedene Optionen, virtuelle Sitzungen vor Hochstaplern zu sichern. U.a. geht es um Datenschutz, Stimmrecht und Abrechnungserlaubnis. Es wird anerkannt, dass eine absolute Sicherheit bei Online-Sitzungen bezüglich Berechtigtenkreis niemals gewährt werden kann

Die nächste HHA-Sitzung wird zwischen Ende November, Anfang Dezember zur Vorlage des Jahresabschlusses stattfinden.

Die Sitzung wird um 11:53 unterbrochen bis 12:00 Uhr.

TOP 07

A Aussprache und Beschluss über die Entlastung des AStA (2019 – 2021)

Der SP-Vorsitzende schließt die Öffentlichkeit aus der Sitzung aus.

Der SP-Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

Abgestimmt wird über den Antrag, dem HHA zu folgen und die Entlastung des AStA im Paket zu beschließen:

Beschluss der Entlastung des gesamten AStA mit einer Abstimmung		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
12	4	2
Ergebnis: Der Antrag zur Entlastung wird für den gesamten AStA abgestimmt.		

Die Entlastung des AStA 2019 – 2021 steht zur Abstimmung.

Adam Ernst beantragt namentliche Abstimmung.

Entlastung des AStA 2019 – 2021

1. Oliver Hoehle JA
2. Helge Himstedt JA
3. Petra Lambrich JA
4. Dieter Weiler JA
5. Edmund Piniarski JA
6. Alina Sinram ENT
7. Philine von Hülsen ENT
8. Tim Kölling NEIN
9. Ann-Kathrin Sittek JA
10. Kevin Rübenstahl JA
11. Carsten Fedderke JA
12. Nils Roschin JA
13. Joana Kleindienst JA
14. Alexander Stirzel ENT
15. Adam Ernst NEIN
16. Iwan Hanna NEIN
17. Gudrun Baumgartner JA
18. Thomas Dammann JA

Entlastung des AStA 2019 – 2021		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
12	3	3
Ergebnis: Der AStA 2019 – 2021 wird entlastet.		

B neu: sowie Entlastung Michael Krämer als Vors. 2016 – 2019

Eine Nichtöffentlichkeit zur Besprechung der Entlastung des Michael Krämer ist aus dem Gremium nicht gewünscht.

Das SP stimmt über die Entlastung ab.

Entlastung des Michael Krämer		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
18	0	0
Ergebnis: Die Entlastung des Michael Krämer wird einstimmig beschlossen.		

TOP 08 Beratung in zweiter Lesung und ggf. Beschluss über die neue Wahlordnung des SP

Tim Koelling ist ab 12:50 abwesend, 17 stimmberechtigte.

Nils Roschin führt über die Anmerkungen des Rechtsanwalts zu Änderungen der Wahlordnung aus:

§ 2 (3) Das SP kann mit Mehrheit seiner Mitglieder vor dem Beschluss zur Ausschreibung den Wahlausschuss beschließen

§ 4 Wahlabbruch wurde bislang durch SP beschlossen, dies würde § 4 auf den Wahlausschuss delegieren – Rechtsanwalt: kann, muss aber nicht

§ 20 (7) unverzüglich durch 3 Tage ersetzen: nicht nötig lt RA, da weniger flexibel. (Hintergrund: die Flexibilisierung für die Präsenzsitzungsmöglichkeiten). Das Gremium stellt fest, dass „unverzüglich“ in der Rechtsprechung bis zu 7 Tage ausgelegt werden kann. Marianne Steinecke weist darauf hin, dass später 82 Tage als Rückmeldungsgrenze an die Listen wegen fehlerhafter Listen angegeben wird. Somit könnte das in Konflikt geraten. Zudem ist die Korrekturfrist für die Listen in diesem Falle sehr kurz.

Gudrun Baumgartner meint, der Rechtsanwalt müsste eventuelle Widersprüche noch einmal überprüfen. Dieter Weiler meint, es benötige einen Zeitstrahl über die vorgesehenen Vorgänge, um Verwerfungen aufzufinden. Er erklärt sich bereit, den jetzigen Entwurf noch mal dahingehend durchzuarbeiten. Irene Krämer schlägt vor, Rechtswissenschaftliche Studis noch mal drüber blicken zu lassen, um Unstimmigkeiten zu finden und erst damit den RA zu beauftragen, um Kosten zu begrenzen. Gudrun Baumgartner meint, so eine Ordnung *rechtssicher* zu machen, sei kaum möglich, aber *anfechtungssicher* wäre erreichbar und als Ziel wünschenswert.

Um umfangreiche Diskussionsbeiträge zu verkürzen, schlägt der Vorsitzende vor, die Diskussion in den Dezember – mit dem Rechtsanwalt – zu vertagen. Da man sich sonst an einzelnen Wörtern aufhält, wäre es wünschenswert, erst ein Ergebnisprotokoll der AG Satzung und dann den Anwalt einzubeziehen.

Michael Krämer mahnt an, das vorliegende Werk sei bereits eine Auftragsleistung des RA, mit einer Kritik an einzelnen Punkten und Wörtern diesen wieder zu beauftragen sei da wenig zielführend und würde womöglich für Unverständnis sorgen.

Ann-Kathrin Sittek findet es seltsam, dass die Wahl des AStA noch immer in der Wahlordnung auftaucht, da sie nichts darin zu suchen habe. Nils Roschin antwortet, das sei bewusst so übernommen worden. Der Grund dafür ist ihm nicht bekannt. Dieter Weiler pflichtet bei, dass eine solche Wahlordnung von ihm nicht akzeptiert werden könne, die Wahl des AStA habe in so einer Ordnung nichts zu suchen.

Marianne Steinecke meint, die Fristen müssen inkl. Einspruchsmöglichkeiten und untereinander stimmig sein. Der von Dieter Weiler vorgeschlagene Zeitstrahl sei eine charmante Lösung.

Nils Roschin schlägt vor, Dieter Weiler solle einen Zeitstrahl des vorgesehenen Wahlvorgangs erstellen, dann soll sich eine AG einfinden und ein Protokoll zusammenstellen; dieses wird dann dem RA vorgelegt. Dies wird vom SP positiv aufgenommen.

Abstimmung über den Vorschlag:

Vertagung der Diskussion mit Einberufung einer Sitzung einer AG Satzung, Erstellung eines Zeitstrahls durch Dieter Weiler		
JA 16	NEIN 0	ENTHALTUNGEN 1
Ergebnis: Die Entlastung des Michael Krämer wird einstimmig beschlossen.		

TOP 09 Beratung und ggf. Beschluss über die neue Satzung des SP

Aufgrund der Erkrankung der Rechtsanwälte kann der Entwurf nicht zum Beschluss vorgelegt werden. Daher muss der TOP vertagt werden. Nils Roschin schlägt vor, die AG mit der Satzung zu beauftragen, um ähnlich zu verfahren wie bei der WahlO. Dazu gibt es keine Widerrede.

TOP 10 Beratung und ggf. Festlegung eines Wahltermins 2023

Kann erst mit Beschluss der Satzung erfolgen. Mit der Satzungsüberarbeitung wird abschließend ein Wahltermin 2023 gefunden. Die Hochschule mahnt an, mit der alten WahlO würde keine Wahl genehmigt werden.

TOP 11 Beschluss weiterer SP-Termine 2022 / 2023

Der 19.11. war für die Wahl des Wahlausschusses oder den Haushalt vorgesehen, aber diese können nicht auf die TO gesetzt werden. Daher muss ein neuer Termin gefunden werden.

Der Finanzreferent führt aus, dass der Haushalt Mitte/Ende November durch den AStA geht, somit wird Mitte Dezember das SP tagen (17., 18.12.). Keine Gegenrede zu diesem Termin.

Christoph Sprenger anwesend ab 14:15 (nicht stimmberechtigt).

TOP 12 Anträge (ÖT)

A+B: Sprachrohr (Ernst)

Adam Ernst führt aus: Antrag A sei obsolet, da die Entscheidung vom Gericht für uns getroffen wurde. (SprachRohr Print/Web)

Antrag B sei ebenfalls obsolet, da der AStA bereits mit der Universität im Gespräch sei, um die Erreichbarkeit der Studierenden für das SprachRohr Online sicherzustellen. Es sei aber schade, dass diese Thematik nicht proaktiv verfolgt wurde. Auf einen Einwurf, dass man sich damit schon beschäftigt habe, verweist Adam Ernst auf zahlreiche Oppositionsanträge, die nie durch das SP gegangen sind.

Öffnungszeiten Büro (Maryanowski)

Adam Ernst: Die Beschlussfassung des AStA beinhalte eine vermeintliche Richtigstellung, diese müsse er nochmals richtigstellen. Darauf wird entgegnet, dass es sich beim AStA-Beitrag um einen Beschlussvorschlag, nicht um einen Gegenantrag handelt.

Da der Antragsteller nicht anwesend ist, wird diskutiert, ob der Antrag zu vertagen sei oder jetzt eine Abstimmung erfolgen soll. Da Gesprächsbedarf anhand einer kürzlichen Mail erkennbar war, wäre diese Vertagung laut Adam Ernst sinnvoll.

Pascal Gluth führt aus, dass die Stellenanzahl im AStA-Büro zu gering ist, um eine volle Erreichbarkeit von 9 bis 17 Uhr zu gewährleisten. Eine geringe Erweiterung der Öffnungszeiten ist aber einvernehmlich mit den Mitarbeitenden ausgearbeitet worden.

Dieter Weiler meint, für eine Verwaltung sind die Erreichbarkeitszeiten schon sehr großzügig gewählt.

Michael Krämer meint, diese Art der Vorschrift vonseiten des SP sei dem Arbeitsrecht nach womöglich rechtswidrig.

Der Beschlussvorschlag von Daniel George wird diskutiert, Adam Ernst meint, die Begründung sei ein unzulässiger Angriff auf den FSR WiWi, die Kommunikation mit dem AStA-Büro führe zum Abbau von Intransparenzen. Bei Streichung der Begründung sei dem Beschlussvorschlag zu folgen aber kein Problem.

Carsten Fedderke bittet um Konkretisierung der Intransparenzen.

Gudrun Baumgartner meint, der Beschlussvorschlag liege vor, und schlägt vor, Teile der Begründung zu streichen und dann abzustimmen.

Petra Lambrich meint, die Behauptungen des Antrags müssten ausgeführt werden. Dieter Weiler pflichtet bei, dass auch berufstätige es in der Regel schaffen sollten, 5 Minuten für ein Telefonat freizumachen. Dieses Problem sei ein Phantomschmerz.

Nils Roschin antwortet, die Opposition habe ein Entgegenkommen ja schon angeboten.

Gudrun Baumgartner meint, manche Ansprechpartner*innen an der Uni seien nur 2x die Woche 2 Stunden erreichbar. Das Entgegenkommen sei ja eine gute Sache. Sie stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung.

Die ausgeweiteten Arbeitszeiten signalisieren laut Ann-Kathrin Sittek ein Entgegenkommen, womit die Sache eigentlich geregelt wird. Somit könne der Beschlussvorschlag angenommen werden.

Christoph Sprenger argumentiert, eine gewisse Flexibilität müsse auch als Arbeitgeber angeboten werden, um eine Stelle in heutigen Zeiten attraktiv zu halten, und die Kosten für eine höhere Personaldecke auch nicht unbedingt gegeben ist. Die Erreichbarkeit sei aber gut.

Petra Lambrich meint, sie ärgere sich über den Antrag, da die Zeiten großzügig genug sind. Insbesondere lange Freitage seien sonst keine Selbstverständlichkeit.

Dieter Weiler schlägt vor, die Beschlussvorlage des AStA abzustimmen und anschließend den Antrag von Fabian durch Nichtbefassung erledigt.

Beschlussvorschlag in folgender Form:

Beschlussvorschlag

Das Studierendenparlament nimmt die Erläuterungen zur Kenntnis. Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Begründung / Erläuterungen

Bei den auf der Webseite dargestellten Öffnungszeiten handelt es sich um die physischen Öffnungszeiten des Büros. Die telefonische Erreichbarkeit ist über diese Zeiten hinaus im Regelfall von mindestens 9:00 bis 17:00 sichergestellt.

Das Büro verfügt momentan über 4 Planstellen, davon eine in Vollzeit, drei weitere in Teilzeit. Eine Planstelle ist allein für die Buchhaltung und Finanzsachbearbeitung vorgesehen, eine weitere Teilzeitstelle ist momentan unbesetzt und wird voraussichtlich frühestens Anfang des neuen Jahres wieder zur Verfügung stehen.

Wir haben die Öffnungszeiten auf der Website um folgende telefonische Erreichbarkeiten ergänzt:

Montag bis Freitag von 09:00 -15:00 Uhr und zusätzlich Dienstag und Donnerstag bis 17:00 Uhr.

Inwiefern nach Wiederbesetzung der freien Stelle eine weitere Ausweitung der garantierten Erreichbarkeiten möglich ist, werden wir nach entsprechender Einarbeitung beurteilen.

Beschlussvorlage des Daniel George in o.g. modifizierter Form		
JA 17	NEIN 0	ENTHALTUNGEN 0
Ergebnis: Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.		

Daraus folgt eine Nichtbefassung mit dem Antrag wegen Eledigung. Aufgrund der Neutralität des Vorsitzes sichert dieser zu, den Text von Fabian Maryanowski ans SP zu versenden.

Grundordnung (Weiler)

Besprochen wird Dieter Weilers Antrag, dass SP- und AStA-Vorsitz beantragen mögen, die Grundordnung zu ändern. Hintergrund: Der SHK-Rat hat keine Vertretung; eine angemessene Entlohnung ist (als SHK-Stelle mit 4 Wochenstunden) offenbar nicht vorgesehen. Bedienstete der Hochschule werden für ähnliche Tätigkeiten zu 50% freigestellt.

Petra Lambrich führt aus, dass das ähnlich für studentische Gleichstellungsbeauftragte gelte, da die Ruhr-Uni Bochum eine 20h-Stelle TV-L-Basis biete, während die FernUni hier ähnliche Situation erfährt.

Um gegenüber dem Senat geschlossen für Studierende zu sprechen, liegt dieser Antrag im SP vor.

Nils Roschin lässt abstimmen wie beantragt:

Beantragung der Grundordnungsänderung im Senat der Universität		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
17	0	0
Ergebnis: Der Antrag wird einstimmig angenommen.		

Sprachrohr Anzeigen (AStA)

Christoph Sprenger stellt den Antrag vor. Da die Anzeigenpreise des SprachRohrs in der Vergangenheit vom SP beschlossen wurden, und diese auf Basis von Druckkosten erstellt wurden, müssen die Preise jetzt angepasst werden, da das SprachRohr nicht mehr in Druckform erstellt wird und nur online angeboten wird.

Gudrun Baumgartner sagt, sie verstehe nicht, wieso diese neu beschlossen werden müssten.

Carsten Fedderke meint, über die zukünftige Ausgestaltung muss sich der AStA noch umfangreichere Gedanken machen. Ob das SprachRohr dauerhaft nur noch online erscheint, sei bislang noch nicht ganz klar.

Dieter Weiler sagt, das SprachRohr könne durchaus mehr Anzeigen aufnehmen und damit höhere Einnahmen garantieren. Die wohl nötige Preisanpassung sollte aber exekutiv vom AStA möglich sein und nicht vom SP kodifiziert werden.

Petra Lambrich stimmt einer notwendigen Anpassung durch das SP zu. Sie gibt zu Bedenken, dass in der Vergangenheit bestimmte Anzeigenkategorien definiert wurden, und in diesem Zuge womöglich eine Preisgrenze festgelegt worden sei

Gudrun Baumgartner meint, eine Veränderung bei Aspekten wie Umschlagseiten vs. Innenseiten durch die andere Präsentationsform einer digitalen Ausgabe müsste man überlegen. Diese Preise sollten vom Referenten beschlossen werden, nicht vom SP.

Christoph Sprenger meint, hier liegt zumindest eine Leistungsminderung im Vertrag mit Anzeigenkunden vor, deswegen müssten diese Sachverhalte abgearbeitet werden.

Christoph Sprenger zieht den Antrag zurück.

Adam Ernst mahnt an, falls ein SP-Beschluss über Anzeigenpreise besteht, müsste jetzt ein neuer Beschluss gefällt werden, um den Preisrahmen durch den AStA setzen zu lassen.

Christoph Sprenger betont, dass Verträge gekündigt sind und somit keine Regressforderungen zu befürchten sind.

Petra Lambrich schlägt vor, den Antrag an den AStA zurück zu überweisen. Es wird abgestimmt.

Der Antrag wird zurück an den AStA überweisen. Dem AStA wird die Kompetenz eingeräumt, die Preisgestaltung für die nächste Ausgabe selbst zu entscheiden und in der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments zu berichten, sodass dieses ggf. korrigierend eingreifen kann.		
JA 17	NEIN 0	ENTHALTUNGEN 0
Ergebnis: Der Vorschlag wird einstimmig beschlossen.		

TOP 13 Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der Studierendenschaft oder der Hochschule

Edmund Piniarski geht um 16:04, Marianne Steinecke übernimmt.

BHS-Beirat

AfD: Alexander Stirzel

Wahlgang eröffnet um 16:14 Uhr.

Wahlgang schließt um 16:21 Uhr.

Wahl des Alexander Stirzel zum BHS-Beirat			
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN	UNGÜLTIG
5	8	3	1
Ergebnis: Alexander Stirzel wird nicht in den Beirat entsandt. Die Wahl wird vertagt.			

Haushaltsausschuss

Fällt weg

Nachwahl eines ord. Mitglieds für die Quali-Kommission (Grund: Rücktritt des ord. Mitgliedes)

Vorschläge: Adam Ernst schlägt Pascal Hesse vor.

Petra Lambrich schlägt Stefan Guddas (Ersatzmitglied) vor

Petra Lambrich schlägt Thomas Dammann vor.
Thomas Dammann zieht seine Kandidatur zurück.

Der Wahlgang wird eröffnet um 16:27 Uhr.

Der Wahlgang schließt um 16:33 Uhr.

PASCAL HESSE:	5
STEFAN GUDDAS:	12
ENTHALTUNGEN:	0
UNGÜLTIG:	0
ERGEBNIS: Stefan Guddas wird als ordentliches Mitglied (m) in die QVK entsandt.	

Durch das Aufrücken von Stefan Guddas aus den Ersatz- in die ordentlichen Mitglieder (m) der QVK muss ein männliches Ersatzmitglied gewählt werden.

Vorschläge: Thomas Dammann erklärt seine Kandidatur.

Adam Ernst schlägt Pascal Hesse vor.

Wahlgang wird eröffnet um 16:40 Uhr.

Wahlgang schließt um 16:45 Uhr.

THOMAS DAMMANN:	12
PASCAL HESSE:	5
ENTHALTUNGEN:	0
UNGÜLTIG:	0
ERGEBNIS: Thomas Damman wird als Ersatzmitglied (m) in die QVK entsandt.	

TOP 14 Berichte (anschl. Aussprache)

a) Bericht der studentischen Mitglieder des Senats und seiner Kommissionen

Petra Lambrich berichtet. Als AStA-Vorsitz war sie im Senat anwesend. Es ging um Wirtschaftsplan u. mittelfristige Finanzplanung. Eine Erhöhung der Grundgebühr steht im Raume. Sie bedauert, dass studentische Senator*innen nicht an den Sitzungen des Senats und der Kommissionen teilnehmen. Hier müsste enger zusammen gearbeitet werden.

Bei Einführung der Grundgebühr steht womöglich eine Erhöhung an, wogegen sich Petra Lambrich aussprach. Es hieß bei Einführung, dass es u.U. eine Ermäßigung/Befreiung für Studierende mit Beeinträchtigungen geben würde, das wurde nach wie vor nicht bearbeitet.

Es gibt einen Rückgang der Studierendenzahlen. Zu Anfang der Corona-Zeit stiegen die Studierendenzahlen zunächst noch, derzeit sind die Zahlen rückgängig. Adam Ernst meint, mehr „Altbestand“ fällt durch die Grundgebühr weg, die Neueinschreibungen blieben hingegen wohl stabil. Petra fährt fort, zwar wurde die Anzahl der Klausuren erhöht, die Anzahl der Abschlussarbeiten habe sich hingegen gar nicht erhöht. Dies könnte zu steigenden Gebühren führen. Bei Materialien hat man sich verkalkuliert, hier fehlt es der Uni an Geld.

Petra Lambrich sagt, nächste SP-Sitzung werde darüber berichtet. Es soll eine Klausurtagung mit dem Hochschulrat geben, vorgeschlagen ist das Thema „neue Studiengänge“.

Das SP diskutiert die Gründe und Auswirkungen der gleichbleibenden Abschlussquote und die Filterwirkung der begrenzten Kapazitäten bei manchen Veranstaltungen.

Zur 1. Januarwoche bleibt die FernUni zusätzlich zur bereits beschlossenen Zeit geschlossen, um Energie zu sparen. Auch die Beleuchtung wird reduziert. Die UB bleibt geöffnet.

Eine neue Hochschulbeauftragte für Stud. mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen (Julia Burkhardt) ist gewählt worden. Die Zusammenarbeit sei kooperativ und positiv.

Dieter Weiler führt aus, dass die Urlaubssemester theoretisch von der Infrastruktur der FernUni profitieren könnten, sodass die Grundgebühr hier weiter erhoben wird. Wegen sinkender Studierendenzahlen muss die Grundgebühr steigen. Es stelle sich heraus: die Grundgebühr finanziert sämtliche Kosten der Campusstandorte der FernUni. Frau Rimpo-Repp möchte die Hälfte der QV-Mittel zur Deckung der Grundkosten nehmen. Leider gab es von den studentischen Senator*innen keinen Redebeitrag. Das sei Dieter Weiler zufolge mehr als misslich.

Kevin Rübenstahl verlässt die Sitzung um 17:12. 16 Stimmberechtigte.

Nils Roschin führt aus, Domenica Di Gangi lässt sich heute entschuldigen. Dieter Weiler entgegnet, dass man sie ausdrücklich loben muss, da sie den Prozess aktiv begleite.

Petra Lambrich fügt hinzu, die Nutzung der Campusstandorte für externe Veranstaltungen z.B. für die Forschung müsse hinterfragt werden, wenn Studierende die gesamten Kosten tragen. Dieter Weiler sagt zusätzlich, dass ein Missbrauch der Grundgebühr vorliegt, wenn die Kosten der Klausuren in den Campusstandorten von dieser gedeckt werden.

Gudrun Baumgartner sagt zu den Campusstandorten, dass sie keinen kenne, der vermietet, dies aber mal in Erfahrung bringt. Inwiefern sie für Weiterbildung genutzt werden, will sie anfragen. Klausuren schreiben in den Standorten findet sie kritisch. Die Campusstandorte sollen ja als Treffpunkte genutzt werden. Eigentlich geplante Veranstaltungen könnten zudem während Klausuren gar nicht mehr stattfinden. Einen Saal anmieten wäre sicherlich günstiger, als einen Campusstandort nur für Klausuren zu betreiben. Was Kosten im Ausland anbelangt, müssen alle ausl. Studierende aus Anrainerstaaten in Deutschland schreiben. Abseits von Anrainerstaaten in Goethe-Instituten für 200,00 €. Adam Ernst sagt, bei Wiwi können diese Studis stattdessen Klausuren online schreiben.

Tim Kölling ist wieder anwesend ab 17:20, 17 Stimmberechtigte.

b) Bericht der studentischen Mitglieder der Fakultätsräte, ihrer Kommissionen und Ausschüsse

Marianne Steinecke berichtet aus dem Fakultätsrat ReWi: Probleme bei den ReWi-Klausuren gehen zurück auf uniinterne Fehler in der Kommunikation. Sie fragt, ob es Probleme auch in anderen Fakultäten gab. Marianne Steinecke bittet darum, hellhörig zu sein.

Es gibt eine Verschiebung von der Umstellung des bisherigen 210 ECTS LL.B. auf einen 180ECTP LL.B.-Bachelor. Es sollen bestehenden Studierenden aus der Umstellung durch großzügige Anerkennung keine Nachteile erwachsen.

Adam Ernst berichtet aus der Fakultät WiWi, die Fakultät habe 200 Täuschungsversuche und 400 Ordnungsverstöße festgestellt. Erstmals wurde nicht nur „Bildschirm teilen“, sondern eine externe Kamera verwendet, sodass auch die Arbeitsfläche (Schreibtisch) der Studierenden sichtbar sein würde. Von dieser Verpflichtung (keine interne Kamera) wussten viele Studierende nichts. Solcherlei Verstöße wurden als „Ordnungsverstoß“ gegen die Prüfungsordnung deklariert (theoretisch 5,0), kulanterweise wurde die Klausur dennoch zur Bewertung freigegeben (in den meisten Fällen).

Herr Prof. Dr. Grosser ist leider verstorben, dieser war für die Doppelstudiengänge mit Budapest zuständig. Die Professur ist ausgeschrieben, eine Berufungskommission wird bald besetzt.

c) Bericht aus den Fachschaften

Weiterhin beobachtet WiWi die Täuschungsversuche. Bei schweren Fällen werden Bußgelder verhängt. Darüber entscheide die Kanzlerin ohne ein Kontrollgremium, dies wird im SP kritisch betrachtet.

Flaschenhalssituation: Bei den Pflichtseminaren der Fakultät WiWi fehlen weiterhin Kapazitäten für Studierende.

Vollkostenkalkulation für Seminare: Die Seminarplanung hängt in der Schwebe, der AStA möge hier behilflich sein. WiWi benötige eine Rückmeldung über die Rahmenbedingungen für Seminare, der AStA müsse sich beeilen.

Petra Lambrich fragt bzgl. der Flaschenhalssituation, wie das Geschlechterverhältnis bei den Überhängen ist. Adam Ernst meint, überdurchschnittlich viele Frauen hätten sich an den FSR gewandt, aber daraus ergibt sich nicht unbedingt die Quote der Betroffenen, da Männer auch seltener Hilfe einholten. Petra Lambrich meint, aus der Corona-Zeit sind ihr Fälle bekannt geworden, wo Care-Verpflichtungen zu Verzögerungen führten, weshalb die Geschlechterquote interessant zu betrachten sei.

Dieter Weiler fragt, ob ein Sanktionsausschuss bezüglich der Täuschungsversuche gebildet worden ist. Adam Ernst sagt, das sei ihm nicht bekannt, ihm wurde gesagt, die Kanzlerin sei allein zuständig. Dieter Weiler sagt, hier müsse ein rechtsstaatlich ordentlicher Weg garantiert werden. Der AStA könne eine namentliche Benennung der Mitglieder des Sanktionsausschusses anfragen. Es sei wichtig, dass Studierende beteiligt werden, um zu verhindern, dass an einzelnen Studis ein Exempel statuiert wird, statt den Einzelfall zu betrachten. Eine Beteiligung sei essenziell, die Sanktionsordnung müsse entsprechend geändert werden.

Petra Lambrich berichtet aus KSW über negative Rückmeldung für Fristanpassung für Haus- / Abschlussarbeiten, diese wurden für den Master reduziert. Mit Täuschungsvorwürfen hätte man wenig zu tun. Bei einem Eingangsmodul für einen Masterstudiengang war ein Großteil durchgefallen, der Notenschnitt war katastrophal.

Hier müsste rechtlich geprüft werden bezüglich Aufbau der Multiple-Choice-Klausuren (absolute/relative Bestehensgrenze). Diese Prüfung war aber eine gemischte Klausur.

Online-Seminare sind immer noch zu stark teilnehmerbeschränkt, da Räumlichkeiten ja kein Argument sind.

Gudrun Baumgartner meint, die Bearbeitungsfrist ist offenbar für alle Studiengänge geändert worden (10 Wochen). Den Studienbeirat haben sie dazu nicht angehört, obwohl das wohl nötig gewesen wäre. Petra Lambrich prüft das und berichtet in der nächsten Sitzung. Den Studienbeirat habe man nach dem Fakultätsrat konstituiert, um einer Verhinderung dieser Änderung zuvorzukommen.

Petra Lambrich führt weiter aus. Einige Prüfungen sind nun seit Wochen ohne Bewertung. Das schafft Probleme bei der Modulbelegung. Begründung ist, mehr Lernzeit für Studierende zu bieten. Gudrun Baumgartner sagt dazu, dass die Korrekturfristen für Arbeiten da auch eine Rolle spielen. Darunter ein Fall, wo nach 5 Monaten ein „nicht bestanden“ kam.

Fachschaften müssen laut Petra Lambrich im Blick behalten, dass Prüfungsformen nicht einfach geändert werden sollten. Alina Sinram führt aus, dies sei ja letzten Endes im Bereich der Freiheit der Lehre. Dieter Weiler pflichtet bei; da bei M4/PSY nur „Klausur“ als Prüfungsform steht, sei das recht frei, es gebe kaum Möglichkeiten, sich gegen eine Veränderung zu wehren. Eine mündliche Prüfung wäre aber natürlich nicht möglich, da die Modulbeschreibung da bindend ist. Es sei aber eine ungünstige Situation für Menschen mit Beeinträchtigungen, um sich auf die Prüfung einzustellen. Alina Sinram sagt, die Studentin wünschte keine Verwendung ihrer Kommunikation mit den betreffenden Stellen in dem Streit. Leider war ein konstruktives Gespräch mit der Studierenden hier nicht möglich.

Petra Lambrich würde sich freuen, wenn der FSR PSY noch einmal berichtet. Nicht zuletzt, da nur Hagen als Prüfungsstandort möglich war. Alina Sinram antwortet, es waren wohl 3 von 80, die am Nachschreibetermin teilgenommen haben. Petra Lambrich antwortet, dies sei krass. Nachschreibetermine seien begrüßenswert, aber die Umstände müssten einladend sein.

d) Bericht der studentischen Gleichstellungsbeauftragten der FernUniversität Hagen

Petra Lambrich berichtet, sie sei wiedergewählt worden. Sie ist eine der drei Landessprecherinnen der Gleichstellungsbeauftragten. Sie versuchen Nachteilsausgleiche für Care-Verpflichtungen ins Hochschulgesetz zu bekommen. Sie koordinieren sich mit Katrin Lögering, den LAKOF-Sprecherinnen und dem LAT, um etwas zu bewegen. Mutterschutz biete derzeit keine Möglichkeit zur Krankmeldung, also keine Fristverlängerungen für Prüfungen. Die Gleichstellungsstelle und die Anti-Diskriminierungs-Beauftragten arbeiten an der Thematik.

Petra Lambrich war kürzlich auf der Bundeskonferenz. Dieter Weiler fragt: gilt relatives oder absolutes Beschäftigungsverbot im Mutterschutz? Wie handhabt das die Uni?

Petra Lambrich sagt, Mutterschutzgesetz müsste auch geändert werden, da bislang nur biologische Kinder berücksichtigt werden-

e) Bericht aus dem Frauenbeirat

Keine Neuigkeiten

f) Bericht der Arbeitsteams/ Arbeitsgruppen

Keine Neuigkeiten

g) Bericht aus der Qualitätsverbesserungskommission

Dieter Weiler berichtet. Er wurde zum dritten Mal zum Vorsitz der QVK gewählt. Die beiden Lehrpreisträger*innen konnten ausgewählt werden. Es hat beim Bachelor ein spannendes Rennen gegeben, sodass man erst nach mehreren Runden den Preisträger auswählen konnte. Zwei Fachschaften waren nicht vertreten, diese konnten nicht berücksichtigt werden. Dieter Weiler bittet, damit der Preis als Anerkennung wahrgenommen wird, dass das von den Fachschaften gut begleitet wird. Es soll nicht als Zufallsentscheidung wahrgenommen werden. Der Lehrpreis ist von der FernUni, aber die stud. Mitglieder haben hier eine Mehrheit.

Die Bedeutung der QVK wird im nächsten Jahr gesteigert, weil über die Quali-Mittel eine gewisse Mitsprache und ein relativ starkes Gewicht haben. Insbesondere bei Mitteln, die nicht der Qualitätsverbesserung dienen, kann eine Stellungnahme zum Bericht abgegeben werden. Somit gibt es neue Möglichkeiten, mitzuteilen, wie man es gern hätte.

Herr Stürmer war unzufrieden mit dem Evaluationsprozess. Die Rücklaufquoten waren sehr gering. Die QVK sollte mitteilen, wie sich Studierende die Prozess-Umgestaltung vorstellen können, damit die Evaluation auf einer breiteren Basis steht.

Petra Lambrich führt aus, dass Dieter Weiler das diplomatisch ausgedrückt hat. Die Studierendenvertretung ist in vielen Prozessen nicht involviert, dies war vor einigen Jahren anders. Gerade bei der Evaluation war sie gar nicht beteiligt und hätte andere Perspektiven einbringen können.

h) Bericht BHS

Die Sitzung verlief suboptimal; Michael Krämer und Kevin Rübenstahl waren allein da. Der Beirat hatte sich vorgenommen, eine Besichtigung zu machen (für neue Mitglieder), auch um Mängel festzustellen, Wartungsverträge zu prüfen usw. Herr Mang war aber leider im Urlaub und Kevin war beruflich verhindert. Das wurde verschoben auf den nächsten Termin. Der Fahrstuhl ist jetzt nach langen Monaten wieder funktionsfähig, die Reparaturkosten betragen ca. 29.000 €.

Die Solaranlage funktioniert gut und produziert deutlich mehr als verbraucht wird. Die PV-Anlage ist auch an das Heizungssystem gekoppelt und die BHS kann zufrieden sein mit ihrer neuen Ausstattung. Eine offene Frage ist, wie die Nutzungsbedingungen für die Wallbox sind. Wie kommen Übernachtungsgäste mit später Anreise an die Wallbox? Möglichkeiten Abrechnungstechnisch? Dieser Prozess wird begleitet.

Die Auslastung ist im Moment in Ordnung nach der Corona-Zeit. Die BHS ist wieder auf einem guten Weg.

Kosten und Preise wären in einer jährlichen Kalkulation zu prüfen.

Die neuen Übernachtungskosten wurden besprochen. Die Preisgestaltung ist so weit in Ordnung. Ein Sozialtarif wurde diskutiert. Das hat es so nicht gegeben, ist aber nicht aufgehoben, nur aufgeschoben.

Dieter Weiler verlässt die Sitzung um 18:19 Uhr.

Scheinbar läuft die Lüftungsanlage im Neubau durch. Dies verursacht Geräusche. Diese muss laut Gudrun Baumgartner laufen, um Schimmel zu verhindern. Vielleicht könnte man eine Nachtabschaltung einführen. Es gibt zudem Stolperfallen bei Einzelzimmern, hier sollte eine Begehung durchgeführt werden. Diese sollten markiert werden, wenn nicht beseitigt.

Carsten Fedderke merkt an, dass der Zuschuss ja in zwei Teile geteilt wird, Ausgleich negativer Cashflow und besondere Zuschüsse. Dazu müssen HHA und SP Beschlüsse fassen. Der Beirat sollte in Zukunft an der Kalkulation der besonderen Zuschüsse beteiligt werden, z.B. Stellungnahme über Höhe der Rücklagen (Ist/Soll/Ideal). Diese Funktion würde den Beirat auch stärken.

Marianne Steinecke lobt die Ausführlichkeit des Berichts. Sie merkt an, dass immer wieder kleine Mängel auffallen. Sie würde sich bereitgestellte Zettel zum Notieren von Mängeln wünschen.

Petra Lambrich dankt auch für den sehr guten Bericht. Vor dem Hintergrund der Preiserhöhungen würde sie einen Sozialtarif anloben. Sie merkt zudem an, dass eine Nachbuchung im Hause coronabedingt eingestellt wurde, aber trotz Auslaufen der pandemischen Lage dies immer noch nicht wieder möglich sei.

Michael Krämer fügt noch hinzu, dass es nicht immer 100% klar ist, ob es sich um Studierende handelt, die ein Zimmer buchen. Das eröffnet die Möglichkeit für Betrug. Im Moment lässt sich das nicht beheben. Petra Lambrich antwortet darauf, diese Lücken werden definitiv genutzt, das müsste eigentlich geändert werden. Gudrun Baumgartner sagt, das müssten die Campusstandorte auch manuell prüfen, das Unisystem könne das nämlich nicht automatisch.

Marianne Steinecke fragt bezüglich der Transponder nach. Michael Krämer sagt, der BHS-Geschäftsführer sei bereits dran.

Christoph Sprenger merkt an, die persönliche Fernuni-Mailadresse könnte Studierenden in der BHS als Nachweis dienen.

Joana Kleindienst verlässt die Sitzung um 18:31.

i) Bericht der Akademiestudierenden

Keine Neuigkeiten

TOP 15 Anfragen an ASTA und SP (Nichtöffentlich)

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen um 18:31 Uhr.

TOP 16 Anträge (Nichtöffentlich)

TOP 17 Personalangelegenheiten und Rechtsangelegenheiten (Nichtöffentlich)

TOP 18 Verschiedenes, Termine

Öffentlichkeit wiederhergestellt. 18:33

Adam Ernst merkt an, dass der Tätigkeitsbericht von Gudrun Baumgartner fehlt. Nils Roschin antwortet, dass dies an geringen Änderungen im Bericht liegen kann. Gudrun Baumgartner antwortet, dass dies das erste mal war, dass sie keinen eingereicht hat. Sie wollte nicht nachwirkend noch einen Bericht vorlegen, da dann so viele einzelne versandt würden.

Petra Lambrich entschuldigt sich aufgrund gesundheitlicher Gründe für das Nichtvorliegen.

Eventuelle Nachreichungen werden ans Protokoll angehängt.

Die Sitzung des SP am 19.11. ist obsolet geworden und findet nicht statt. Eine Mail soll in Kürze versandt werden.

Die Modalitäten des Restaurantbesuchs nach der Sitzung werden angefragt. Carsten Fedderke antwortet, schlicht mit Maß zu bestellen. Den ungefähren Rahmen der Tagesverpflegung kennen die Anwesenden, eine Mittagsverpflegung gab es nicht. Damit sollen 25,- € nicht überschritten werden.

Die Sitzung schließt um 18:40.